

Niederschrift

7. Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.03.2019
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Landesverein für Innere Mission Schleswig-Holstein, Daldorfer Str. 2, 24635 Rickling

Anwesende:

Herr Dr. Christopher Schmidt

Frau Renate Wartak

Vertretung für: Frau Ursula Schwarz

Frau Annette Glage

Frau Ute Algier

Herr Christian Mann

Frau Constanze Rode

Frau Ulla Lange

Herr Rolf-Dieter Pahl

Herr Heino Dittmayer

Herr Henning Wulf

Vertretung für: Herrn Tim Schnoor

Herr Hans-Georg Becker

Frau Brigitte Osterloh

Herr Hans Jeenicke Kreissenorenbeirat

Frau Cordula Schultz

Frau Maren Berger

ab 18:50 Uhr

Frau Jutta Altenhöner Behindertenbeauftragte

Joachim Behm

Herr Dr. Freese Hospizverein Segeberg

Frau Mielke Palliativnetz Travebogen gGmbH

Herr Schell Palliativnetz Travebogen gGmbH

Herr Fabian Wolff Jobcenter Bad Segeberg

Frau Löhmann FBL Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit

Herr Giesecke FDL Grundsatz- und Koordinierungsangelegenheiten Soziales und Integration

Frau Dr. Hakimpour-Zern FDL Sozialpsychiatrie

Frau Rohwer FDL Eingliederungshilfe

Frau Kühle Grundsatz- und Koordinierungsangelegenheiten Soziales und Integration

Abwesende:

Frau Ursula Schwarz	-
Frau Caerstin Hunger	-
Herr Christian Waldheim	-
Herr Tim Schnoor	-

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.02.2019
- 3 Berichte I
 - 3.1 Vorstellung der Arbeit des Landesvereins der Inneren Mission Rickling mit den Schwerpunkten Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, Pflege/Pflegeschule Rickling, Psychiatrische Versorgung von Menschen mit Fluchthintergrund
 - 3.2 Bericht zum Antrag der CDU-Fraktion zur ambulanten Sterbebegleitung
Vorlage: DrS/2018/251-1
- 4 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 4.1 Antrag der CDU Fraktion zur Ambulanten Sterbebegleitung
Vorlage: DrS/2018/251
 - 4.2 Aufhebung des KW-Vermerkes der Stelle 0.31130.0019.1 im Fachdienst Eingliederungshilfe für Erwachsene
Vorlage: DrS/2019/058
- 5 Berichte II
 - 5.1 Bericht der Kreisverwaltung über die Arbeit des Traumanetzwerks Flüchtlinge
- 6 Verschiedenes
 - 6.1 Informationen und Anfragen
 - 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 7 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Es werden keine Einwände gegen die Tagesordnung vorgetragen, diese gilt damit als genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.02.2019

Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 9 Ablehnung: - Enthaltung: 1

zu 3 Berichte I

zu 3.1 Vorstellung der Arbeit des Landesvereins der Inneren Mission Rickling mit den Schwerpunkten Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, Pflege/Pflegeschule Rickling, Psychiatrische Versorgung von Menschen mit Fluchthintergrund

Herr von See erläutert, dass in der Einrichtung die Bereiche Psychiatrische Hilfe, Suchthilfe, Behindertenhilfe und Altenhilfe angeboten werden. Er stellt dar, dass zur Zeit 200 Auszubildende betreut werden. Seit Herbst 2018 werde der neue Ausbildungsgang zur Pflegekraft angeboten, bei der die Auszubildenden sich erst am Ende entscheiden, ob sie in der Alten-, Kranken-, oder Kinderkrankenpflege tätig sein wollen.

Herr Möller stellt dar, dass im Bereich der Werkstätten ein vielfältiges Angebot an Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung stehe. Das Bundesteilhabegesetz werde aktiv umgesetzt und es konnten bereits einige Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Herr Möller lobt die Zusammenarbeit mit dem Kreis und dass die Antragstellungen im Fachdienst an einer Stelle möglich sei. Herr Straube stellt die Schwierigkeiten des BTHG dar. Die Menschen mit Behinderungen hätten bislang im Vollversorgungsmodus gelebt. Durch das BTHG seien sie nun Mieter ihres Zimmers und müssten ihre Versorgung sicherstellen. Dies fördere zum einen die Selbständigkeit, überfordere einige Bewohner aber auch. Es gebe

60 geschlossene Plätze, deren Bewohnern es nicht möglich sei, selbständig zu agieren. Diese müssten in kleinen Schritten lernen, ihren Alltag zu gestalten.

Herr Tecklenburg erläutert, dass es in der Suchthilfe in den letzten Jahren zu stetigen Veränderungen, auch durch immer neue Drogen, gekommen sei. Viele Menschen konnten gefördert und auf einen guten Weg gebracht werden. Bei einer Sucht handele es sich um die Aufgabe der Selbstbestimmung, die es neu zu erlernen gilt. Bei der Arbeitsfindung gebe es keine gradlinigen Verläufe, da vielfach Rückfälle zu verzeichnen seien. Trotzdem werde versucht, jeden zum Ziel zu bringen.

Herr Kaya erklärt, dass es bei der Therapie von psychischen Problemen bei Menschen mit Migrationshintergrund durch die Sprachschwierigkeiten zu besonderen Schwierigkeiten komme. Im Kreis Segeberg werde hervorragende Arbeit in diesem Bereich geleistet, die vielfach besser als in den Großstädten sei. Jährlich gebe es 10.000 Therapieanfragen aus ganz Deutschland, von denen die meisten abgelehnt werden müssen, da es nicht genügend Plätze gebe. Er stellt dar, dass nicht jedes traumatische Fluchterlebnis zu einer Erkrankung führe. Psychische Erkrankungen würden hauptsächlich entstehen, wenn nach der Flucht die Sicherheit und eine Perspektive für die Zukunft fehle.

Herr Tecklenburg beantwortet eine Frage von Herrn Wulf damit, dass die Anzahl der psychisch erkrankten Flüchtlinge in den letzten Jahren stark gestiegen sei. Anfangs seien etwa 150 Patienten in Behandlung gewesen, in 2018 sei die Zahl auf 1.400 gestiegen. Das Bewusstsein für die Prävention sei größer geworden.

Pause 19:05 – 19:30 Uhr

zu 3.2 Bericht zum Antrag der CDU-Fraktion zur ambulanten Sterbebegleitung Vorlage: DrS/2018/251-1

Dr. Freese erläutert, dass der Verein 175 Mitglieder habe und ambulante psychosoziale Begleitung unentgeltlich anbiete. Sterbende und Angehörige werden sowohl zu Hause als auch in Pflegeheimen oder Krankenhäuser begleitet. Weiterhin werde Trauerbegleitung und auch Aufklärungsarbeit zum Thema Tod und Sterben angeboten. Dr. Freese führt weiter aus, dass der Verein drei hauptamtliche Angestellte habe, die für die Organisation und den Erstkontakt zu Angehörigen zuständig seien. Die Arbeit vor Ort werde von etwa 50 Ehrenamtlichen durchgeführt, die alle eine Ausbildung von 120 Stunden absolviert haben. Es gebe eine gute Vernetzung zu Kliniken und Heimen. In Norderstedt seien zwei Hospizvereine tätig, so dass aus seiner Sicht kreisweit eine gute Versorgung gewährleistet ist. Dr. Freese macht deutlich, dass trotz sehr enger Zusammenarbeit eine organisatorische und personelle Trennung von Palliativversorgung und Sterbebegleitung vorzunehmen sei.

Herr Schell berichtet von der Arbeit der Travebogen gGmbH und erklärt, dass die Hospizarbeit eng eingebunden sei. Es sei möglich und auch gewünscht, die allgemeine ambulante Palliativversorgung inkl. Beratung auszuweiten. Derzeit gebe es 80 Festangestellte und 140 Kooperationspartner wie Ärzte und Pflegedienste. Die

spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) leiste eine gute Betreuung für Schmerzpatienten, die Kostenübernahme sei gesetzlich geregelt. Allerdings seien durch die SAPV nur etwa 20 % der Patienten versorgt, die anderen 80 % fallen in die allgemeine ambulante Palliativversorgung (APV), die nicht vertraglich mit dem Land geregelt sei. Heimbewohner hätten automatisch Anspruch auf Versorgung, während Patienten, die zu Hause gepflegt werden, diesen Anspruch nicht hätten. Ziel sei, diese Ungleichbehandlung abzustellen.

Herr Schell teilt mit, dass ein Palliativzentrum im Kreis Segeberg angestrebt werde, in dem sowohl die APV als auch die SAPV angeboten werden solle. Herr Witte ergänzt, dass Es gebe etwa 1.400 Betreuungen im Bereich der SAPV und APV pro Jahr.

Auf Nachfrage von Herrn Behm erklärt Herr Schell, dass das Palliativnetz nicht nur kreisweit agiere und auf der Homepage des Travebogens über Postleitzahlen nach den richtigen Ansprechpartnern gesucht werden könne. Frau Mielke erklärt zu einer Frage von Herrn Pahl, dass eine enge Zusammenarbeit mit den Pflegestützpunkten und auch mit den Krankenhäusern in Bad Segeberg und Henstedt-Ulzburg erfolge. Durch personelle Engpässe käme es gelegentlich zu schnellen Entlassungen, ohne dass eine Beratung stattgefunden habe. Dies sei bedauerlich.

Frau Glage möchte wissen, ob eine Betreuung durch den Hospizverein auch altersbedingt ohne Krankheiten erfolgen könne. Dr. Freese teilt mit, dass der Verein sowohl schwer kranke und sterbende Menschen betreue, wie auch chronisch kranke Menschen. Hier erfolge die Begleitung teilweise über Jahre.

Dr. Freese erklärt auf Nachfrage von Frau Berger, dass der Kreis Segeberg seit langem gut versorgt sei. Die psychosoziale Arbeit erfolge nie allein mit dem Sterbenden, die Angehörigen würden immer eingebunden werden.

Dr. Schmidt verweist auf eine Auskunft des Hospizvereins Henstedt-Ulzburg, wonach auch hier ähnliche Strukturen vorlägen. Die Gruppe bestehe aus 14 Personen, die ehrenamtliche Sterbebegleitung in Heimen, in der Klinik und schwerpunktmäßig zu Hause durchführen würden. Die Mitarbeiterinnen hätten alle eine einjährige Ausbildung zur Hospizbegleiterin absolviert und 6 davon hätten eine zusätzliche Trauerbegleiter-Ausbildung. Für alle gebe wir mehrere Fortbildungen im Jahr.

Frau Schultz fasst zusammen, dass aus ihrer Sicht eine Unterstützung der vorhandenen Strukturen sinnvoller sei, als eine zusätzliche Instanz beim Beratungswesen anzustreben. Es sei nicht sinnvoll, Doppelstrukturen zu schaffen. Es müsse eine Bedarfsermittlung durchgeführt werden. Dr. Freese begrüßt den Vorschlag, da Betroffene sich selten an eine Behörde wenden würden, sondern an Personen ihres Vertrauens wie den behandelnden Arzt oder Pflegedienst.

Dr. Schmidt formuliert aufgrund des Vorschlags von Frau Schultz einen Beschlussvorschlag und lässt über diesen abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit der Kreis das hier bereits bestehende Hospiz- und Palliativnetz unterstützen kann, wie groß die Bedarfe sind und wo Versorgungslücken bestehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 10

Ablehnung: -

Enthaltung: -

zu 4 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 4.1 Antrag der CDU Fraktion zur Ambulanten Sterbebegleitung Vorlage: DrS/2018/251

Aufgrund des Prüfauftrags an die Verwaltung (s. TOP 3.2) stellt Frau Glage den Antrag zunächst zurück, bis Ergebnisse vorliegen.

zu 4.2 Aufhebung des KW-Vermerkes der Stelle 0.31130.0019.1 im Fachdienst Eingliederungshilfe für Erwachsene Vorlage: DrS/2019/058

Frau Rohwer erläutert die Vorlage.

Frau Altenhöner lobt die Veranstaltung Schule und Beruf, die einen hervorragenden Einblick in die Schwierigkeiten von Menschen mit Beeinträchtigungen gegeben habe. Gleichzeitig haben die anwesenden Menschen mit Beeinträchtigungen euphorisch von ihren Praktikas und Erfolgen auf dem ersten Arbeitsmarkt berichtet. Es sei deutlich geworden, dass eine weitere Förderung dieser Projekte sinnvoll und notwendig sei. Herr Pahl schließt sich den Ausführungen an.

Frau Lange ergänzt, dass es noch Nachbesserungsbedarf bei der Höhe der Rentenbeiträge gebe. Wenn eine Tätigkeit in einer Werkstatt ausgeübt werde, werden Rentenbeiträge im mittleren Niveau eingezahlt. Bei den Aushilfsjobs auf dem ersten Arbeitsmarkt sei dies nicht der Fall, was sich später negativ bemerkbar machen werde.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt und der Hauptausschuss beschließt, den KW-Vermerk der Stelle 0.31130.0019.1 im Fachdienst Eingliederungshilfe für Erwachsene zum 31.12.2019 aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11

Ablehnung: -

Enthaltung: -

zu 5 Berichte II

zu 5.1 Bericht der Kreisverwaltung über die Arbeit des Traumanetzwerks Flüchtlinge

Frau Kühle stellt die Arbeit des Traumanetzwerks anhand einer Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Mann bittet darum, Präsentationen schon vor der Sitzung zur Verfügung zu stellen, damit ggf. Fragen vorbereitet werden können.

zu 6 Verschiedenes

zu 6.1 Informationen und Anfragen

Frau Löhmann berichtet, dass in Kürze der Landesrahmenvertrag zum BTHG abgeschlossen werde. Bisher dürfen aber noch keine Informationen weitergegeben werden.

zu 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Laut Frau Löhmann sind folgende Themen für die Tagesordnung vorgesehen:

Bericht Pflegestützpunkt, Neufestsetzung der Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft, Benchmarking Eingliederungshilfe, EGH Bedarfsplanung

Im Juni sei die Bekanntgabe der Ausschreibungsergebnisse des Beratungswesens vorgesehen.

Herr Dittmayer übergibt der Verwaltung eine Anfrage der FDP Fraktion. Diese wird von der Verwaltung schriftlich beantwortet und über eine Informationsvorlage in ALLRIS zur Verfügung gestellt.

zu 7 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Dr. Christopher Schmidt
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)